

Um Gottes Willen – verfolgt aufgrund der religiösen Überzeugung

Jesiden im Irak oder muslimische Rohingya in Myanmar sind nur zwei bekannte Beispiele für Minderheiten, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Von religiöser Verfolgung spricht man, wenn Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung oder Ausübung ihres Glaubens diskriminiert werden.



Religiöse Verfolgung kann vom Staat ausgehen, beispielsweise wenn eine Staatsreligion vorgegeben ist, aber auch von nicht-staatlichen Akteuren.

Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schreibt fest: Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen. Seit Jahrhunderten werden Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt. Sie werden benachteiligt, vertrieben oder getötet und ihre Heiligen Stätten zerstört. Das betrifft Angehörige

fast aller Religionen. Ausgehen kann diese Gewalt aus vorgeblich religiösen Gründen von Andersgläubigen genauso wie von atheistisch geprägten Akteuren.

Religiöse Verfolgung in Nigeria

Nigeria ist mit über 170 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Land Afrikas und mit über 300 verschiedenen Sprachen geprägt von kultureller Vielfalt. Der Islam und das Christentum bilden die beiden größten Religionsgemeinschaften, wobei jeweils viele verschiedene Strömungen und Gruppen dazu zählen. Außerdem ist in einigen Landesteilen traditionelle Religion von Bedeutung.

Das Land wurde seit Beginn der 1980er Jahre und bis 1999 von Militärdiktatoren regiert und entwickelt sich seither als junge Demokratie. Das fand seinen bisherigen Höhepunkt im Frühjahr 2015, als es in den weitestgehend friedlich verlaufenden Wahlen zu einem Regimewechsel von der Regierungs- zur Oppositionspartei kam. Nigeria ist aufgrund seines Ölreichtums in den letzten Jahren zwar zur stärksten Wirtschaftsmacht Afrikas aufgestiegen, die Armut im ländlichen Raum und die ungleiche Verteilung des Wohlstands sind jedoch immer noch sehr ausgeprägt. Nach den wichtigsten Indikatoren zur Beschreibung des Entwicklungsstands rangiert das Land weltweit nach wie vor im unteren Drittel.



Junge Familie aus dem Nordosten Nigerias, die in einem Flüchtlingslager bei Abuja vorübergehend eine sichere Bleibe gefunden hat. Das Lager wird unter anderem vom BfdW-Partner ECWA unterstützt.

In 12 nördlichen der 36 Bundesstaaten Nigerias gilt die Scharia, das religiöse Gesetz des Islams. Urteile der Scharia-Gerichte werden oft in Prozessen geführt, die teils im Widerspruch mit der Verfassung des Landes stehen. Es kommt vor, dass den Angeklagten kein Rechtsbeistand gewährt wird oder Urteile aufgrund von Geständnissen gefällt werden, die unter Folter erpresst wurden. Frauen werden von der Scharia-Rechtsprechung besonders diskriminiert.

Terrorgruppen wie Boko Haram setzen sich für die Einführung der Scharia in ganz Nigeria und das Verbot westlicher Bildung ein. Dies führt immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Christen wie auch mit Muslimen. Die Gewalt entzündet sich häufig an der religiösen Zugehörigkeit von Bevölkerungsgruppen, wenn gleich die Ursachen der Konflikte in der Regel sozioökonomischer oder ethnischer Natur sind. Sie liegen in der klimabedingten Verknappung von Wasser- und Landressourcen, die eine fried-

liche Koexistenz von Ackerbauern und Viehhirten immer schwieriger werden lassen. Hinzu kommen die Vernachlässigung der Region durch die Zentralregierung und die leichte Verfügbarkeit von Waffen. Vor dem Hintergrund zunehmender Perspektivlosigkeit mobilisieren radikalisierte muslimische Gruppierungen unter Nutzung religiös-traditioneller Werte gegen alles, was westlich erscheint.

Seit dem Auftreten von Boko Haram ist eine Eskalation der Gewalt zu beobachten. Zielscheibe des Hasses sind christliche Gemeinden genauso wie friedfertige muslimische Gemeinschaften und Imame. Bei der Bekämpfung radikaler Gruppen nehmen das Militär und die öffentliche Verwaltung massive Menschenrechtsverletzungen in Kauf.

Was tut Brot für die Welt

Partnerkirchen von Brot für die Welt bemühen sich trotz extrem erschwerter Bedingungen in

Nigeria Beziehungen zu Muslimen aufrechtzuerhalten und Konflikte gewaltfrei zu lösen. So fördern sie den Dialog zwischen den Religionsgruppen, ermöglichen Begegnungen und gemeinsame Veranstaltungen und stärken die Kompetenzen der Menschen, um Konflikte auf friedliche Weise zu lösen.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl hatte der Christenrat von Nigeria (CCN) ein von Brot für die Welt gefördertes, breit angelegtes Programm der Bürgerrechtserziehung aufgelegt und seine Mitgliedskirchen aufgefordert, die Menschen zur Teilnahme an der Wahl zu mobilisieren, jedoch keine Position für oder gegen einen der beiden Kandidaten zu beziehen. Die Wählerinnen und Wähler sollten sich selbst ein Bild machen. Die Wahl selbst wurde an vielen Orten durch über 2.000 Kirchenvertreter und -vertreterinnen, die den CCN-Mitgliedskirchen angehören, beobachtet. Im Anschluss der Wahlen haben die Kirchenführer auf den Verlierer und bis dahin amtierenden Präsidenten Goodluck Jonathan eingewirkt, das Wahlergebnis anzuerkennen, um Gewalt vorzubeugen.

In Nigeria fördert Brot für die Welt derzeit 16 lokale kirchliche und nicht-kirchliche Organisationen für die Durchführung entwicklungsrelevanter Maßnahmen. Es handelt sich dabei vor allem um Kirchen, die über ihre Entwicklungsabteilungen integrierte Projekte im ländlichen Raum durchführen, sowie um kirchennahe Netzwerke, die landesweit agieren. Im Süden werden mehrheitlich Nichtregierungsorganisationen unterstützt, die vor allem im Bereich der Korruptionsbekämpfung, verbesserten Regierungsführung sowie Berufsbildungs- und Kleingewerbeförderung tätig sind.

Was muss getan werden

Häufig sind wirtschaftliche und machtpolitische Interessen die Ursache von Konflikten, die durch religiöse und ethnische Komponenten befördert werden. Daher sind eine genaue Konfliktanalyse und deren Integration in die Friedensarbeit bei vermeintlich religiösen Konflikten sehr wichtig. Für die Partner von Brot für die Welt sind der

Dialog mit staatlichen Strukturen und das Einfordern von Demokratie und guter Regierungsführung wichtig. Sie setzen sich für den Schutz und Garantie von Bürgerrechten ebenso ein wie für eine Politik, die auf eine gerechte, nachhaltige Entwicklung abzielt. Sie fordern von ihrer Regierung den Schutz von religiösen Minderheiten und eine bessere Unterstützung und Schutz der vielen Vertriebenen, die vor dem Terror Boko Harams aus dem Nordosten Nigerias in andere Landesteile geflohen sind.

Die Zahl der Binnenflüchtlinge wird derzeit auf 1,5 Millionen geschätzt, was für Nigeria eine große logistische und finanzielle Herausforderung darstellt. Brot für die Welt appelliert an die Bundesregierung, dieses sowohl wirtschaftlich wie auch politisch wichtige Land in Westafrika bei der Entwicklung weiterhin zu unterstützen. Die neu gewählte Regierung muss ihre Verantwortung für eine Verringerung der Armut und stärkere Förderung der ländlichen Gebiete wahrnehmen, um den Menschen vor Ort nachhaltige, selbstbestimmte Lebensperspektiven zu eröffnen.

Bekämpfung von Fluchtursachen durch Brot für die Welt

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ersetzt nicht unsere Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen, die nach Europa kommen.

Fluchtursachen sind vielfältig, häufig beruhen sie auf fehlender Rechtsstaatlichkeit und der systematischen Verletzung der universell anerkannten Menschenrechte, sowohl der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen als auch der bürgerlichen und politischen. Darüber hinaus können unfaire Handelsbeziehungen und unternehmerisches Handeln unter Inkaufnahme von Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch Landgrabbing, zu Fluchtursachen werden. Ein weiterer Grund für die Flucht von Menschen ist

die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

Brot für die Welt unterstützt Menschen in ihren Herkunftsländern, die sich für rechtsstaatliche, die Menschenrechte achtenden Strukturen einsetzen und auch auf globaler Ebene gegenüber ihren Regierungen eine Rechenschaftspflicht einfordern. Außerdem fordert Brot für die Welt auch in der Agrar-, der Handels- und Wirtschafts- und der Klimapolitik ein kohärentes Vorgehen, um zu verhindern, dass Menschen unfreiwillig ihr Land verlassen müssen. Gleichzeitig setzt sich Brot für die Welt für eine Friedenspolitik ein, die auf Prävention setzt.

Spendenkonten

Diakonie Deutschland

Sie unterstützt Flüchtlinge in Deutschland

Stichwort: Fluechtlingshilfe
Evangelische Bank
Konto 6 000 401 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE66 5206 0410 0006 0004 01
BIC: GENODEF1EK1

Diakonie Katastrophenhilfe

Sie unterstützt Flüchtlingsprojekte im Ausland

Stichwort: Fluechtlingshilfe weltweit
Evangelische Bank
Konto 502 502 | BLZ 520 604 10
IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC: GENODEF1EK1

Brot für die Welt

Das Werk unterstützt Friedens- und Entwicklungsprojekte weltweit

Stichwort: Hilfe weltweit
Bank für Kirche und Diakonie
Konto: 500 500 500 | BLZ 100 610 06
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Herausgeber Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Brot für die Welt, Diakonie Deutschland, Diakonie Katastrophenhilfe, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Telefon +49 30 65211 0

Fotos Jörg Böthling (S. 1), Jan Papendieck (S. 2) **Autoren** Jan Papendieck, Sieglinde Weinbrenner **Redaktion** Maike Lukow, Sophia Wirsching **V.i.S.d.P.** Thomas Sandner, Andreas Wagner
Berlin, Oktober 2015